

# Alle Zahlen seit Herbst 2019 auf dem Tisch

Zur Sanierung der Gesamtschule in Kürten bezieht vor der Sitzung des Gemeinderates auch die SPD Position

VON CLAUS BOELEN-THEILE

**Kürten.** „Was kann sich Kürten leisten oder wer soll das bezahlen?“, fragt der SPD-Fraktionsvorsitzende Jürgen Schmidt. Zur Ratssitzung am Mittwoch erinnert Schmidt an einen SPD-Antrag aus dem Herbst 2019, über die tatsächlichen Kosten der bis dato 63 Millionen Euro teuren Schulsanierung zu sprechen.

## Einwände abgelehnt

Der Fraktionsvorsitzende spricht von einem „Sinneswandel“, den es nun bei der CDU aus

seiner Sicht gebe. Hintergrund ist die CDU-Anfrage für die heutige Ratssitzung, fundierte Zahlen von der Verwaltung zum möglichen Anstieg der Grundsteuer B zu bekommen. Einwände der SPD zu den Kosten seien vor der Kommunalwahl als „Schwarzmalerei“ und „Verhinderung der Sanierung“ abgekanzelt, eine drohende Erhöhung der Grundsteuer B um 40 Prozent ignoriert worden. Auch Vorschläge zur Organisation der Sanierung und zum Umfang des Projekts seien „rundweg abgelehnt worden.“ Nur die Prüfung

der Gesamtplanung mit Risikoanalyse sei beschlossen worden, mit einer Abstimmung „bei der sich alle anderen Fraktionen enthalten haben“. Dies lasse auf Desinteresse an diesem „entscheidenden Thema“ schließen. Die von der CDU jetzt geforderten Zahlen seien als Modellrechnung seit Herbst 2019 vorliegend, und daraus leite sich auch die Erhöhung der Grundsteuer B ab. Die Verwaltung wolle die Rückzahlung der aufzunehmenden Darlehen von 55 Mio. Euro „gegen jede praktische Erkenntnis und Vernunft den nächsten

## Kostenblöcke

Das 63-Mio.-Euro-Projekt ist aufgeteilt in mehrere Kostenblöcke. Größter ist die Kernsanierung, der Innenausbau und die Raumerweiterung der Gesamtschule mit 35,7 Mio. Euro. Für Sanierung der Mehrzweckhalle und den Neubau der Gymnastikhalle werden 12,2 Mio. Euro angegeben. Baustellenlogistik und Auslagerungskosten (Raummodule): 8,4 Mio. Euro.

zwei Generationen aufbürden, um mit diesem Trick notwendige Steuererhöhungen auf unter 20 Prozent zu reduzieren.“ Die SPD habe den Haushalt deswegen abgelehnt. In der nun von der CDU genannten Summe von 75 Millionen fehlten aus SPD Sicht weiter die Faktoren „Zeitverzögerung durch fehlende Handwerker“ und „technische Probleme.“ Dies alles werde im Sommer von Gutachtern ermittelt, Schmidt erwartet die Angabe einer „durchschnittlichen Bau-summe“. Die späteren Kosten würden in ihrer Streubreite

deutlich die 75 Millionen überschreiten. Es müsse dringende Risikopuffer her.

Nach den Ferien erwartet Schmidt eine „sehr schwierige Entscheidung“. „Klar ist, dass die Schule zusätzliche Räume braucht und eine Reihe von unumgänglichen Sanierungsmaßnahmen erforderlich sind.“ Dazu stehe die SPD-Fraktion „wie seit Jahren!“ Was dann vom „großen Kuchen“ bezahlbar sei und was die Bürger bereit seien, an Grundsteuer-Erhöhung zu leisten, „bedarf der anschließenden ergebnisoffenen Debatte.“